

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:

Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis!

Liebe Genossinnen und Genossen,

Was für ein großartiges, ja historisches Wochenende mit einem beeindruckenden Landesparteitag liegt hinter uns! Die ganze Woche stand noch unter diesem Zeichen! Eine Ära ging zu Ende und die Abschiedsrede vom Kurt Beck lohnt sich nachzulesen- aber ebenso die Premiere von Malu Dreyer als (designierte) Ministerpräsidentin!

Wie schrieb die Rhein-Zeitung: "Sie braucht die Rolle als Ministerpräsidentin nicht üben - sie kann sie schon." Dem ist nix hinzuzufügen: kompetent, charmant, herzlich aber auch bestimmend - eine unvergleichbare Mischung!!

Dieser Parteitag wird der SPD RLP neuen Schwung geben. Eines wurde auch deutlich: Die CDU RLP hat ihr "Feindbild" verloren. "Es wird schwer für sie! " Auch das ein Zitat aus der Rhein-Zeitung. Ich freu mich über diesen gelungenen Wechsel und auch darüber, dass ich wieder im neuen SPD Landesvorstand mitarbeiten darf!! Herzlichst

eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus Platz der Republik 1

11011 Berlin

Wahlkreis Betzdorf

Bahnhofstraße 19 57518 Betzdorf

Puderbach Mittelstraße 17 56305 Puderbach Telefon: (0 30) 22 77 74 32 (0 30) 22 77 64 44 Fax: sabine.baetzing-lichtenthaeler

16.11.12

@bundestag.de

Telefon: (0 27 41) 2 54 54 (0 27 41) 2 74 61 Fax: sabine.baetzing-lichtenthaeler @wk2.bundestag.de

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60 (0 26 84) 9 57 10 61 sabine.baetzing-lichtenthaeler @wk.bundestaq.de

Topthema

Rüstungsexporte – Bedenken in Hintergrund gedrängt!

Der Anstieg der Rüstungsexportgenehmigungen durch die Bundesregierung verdeutlicht einmal mehr, dass die sogenannte "Merkel-Doktrin" offenbar ihre Wirkung entfaltet. Ausfuhrgenehmigungen in Höhe von 5,4 Milliarden Euro passierten im Jahr 2011 den Bundessicherheitsrat. Das entspricht einem Anstieg von mehr als zehn Prozent. Damit zeigt sich, dass die schwarz-gelbe Koalition den Export von Rüstungsgütern offensichtlich als ganz normales Instrument zur Gestaltung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik betrachtet. Bedenken hinsichtlich einer instabilen Sicherheitslage oder Verletzungen von Menschenrechten werden immer weiter in den Hintergrund gedrängt.

Es wird höchste Zeit, dass die Rüstungsexportrichtlinien, die die Genehmigung von Rüstungsexporten an klare Vorgaben knüpfen, endlich wieder Beachtung finden. Schwarz-Gelb hat diese Richtlinien trotz verbaler Lippenbekenntnisse seit 2009 kontinuierlich missachtet und die Öffentlichkeit getäuscht. Ob Panzergeschäfte mit Saudi-Arabien oder Indonesien: Die Hemmschwelle für solche höchst fragwürdigen Geschäfte wurde immer weiter herabgesenkt. Das muss sich dringend ändern.

Unsere Bundestagsfraktion fordert bereits seit längerem, den Bundestag frühzeitiger als bisher über die genehmigten Rüstungsexporte zu unterrichten. Der jährliche Bericht darf nicht erst - wie jetzt wieder geschehen - fast ein Jahr nach Ablauf des Kalenderjahres vorgelegt werden, sondern muss spätestens nach drei Monaten präsentiert werden. Darüber hinaus muss ein gemeinsam mit dem Bundestag zu entwickelndes, angemessenes, zeitnahes und praktikables zur parlamentarischen Beteiligung Rüstungsexportentscheidungen verabschiedet werden.

Nur dann kann vermieden werden, dass deutsche Rüstungsexporte als Ausgleich für verringerte nationale Bestellungen gehandhabt werden und die deutsche Außenpolitik über Stückzahlen bei Panzerlieferungen definiert wird.

Rechtsextremismus

Präventionsprojekte – Ab 2014 keine Perspektive mehr!

Die Schwierigkeiten von Bundesministerin Schröder mit dem Thema Kampf gegen Rechtsextremismus sind nicht neu. Wir erinnern uns: Erst wurden aus ideologischen Gründen die Themen Islamismus und Linksextremismus mit dem Thema Rechtsextremismus auf eine Stufe gestellt. Dann setzte das Schröder-Ministerium die engagierten Initiativen mit einer Verfassungstreueerklärung generell unter Extremismusverdacht. Und schließlich scheiterte die Ministerin vor einem Jahr mit dem Versuch, die Mittel der Programme gegen Rechtsextremismus um zwei Millionen Euro zu kürzen. Wer nun denkt, dass Bundesministerin Schröder hieraus die richtigen Schlussfolgerungen gezogen hätte, hat sich leider geirrt.

Ende 2013 soll alles noch viel schlimmer werden. Der Titel "Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie" im Etat des Bundesfamilienministeriums ist der wichtigste Ausgabetitel des Bundes zur Finanzierung von Maßnahmen und Projekten zur Extremismusprävention, vor allem gegen Rechtsextremismus.

Hierfür sollen 2013, wie in den vergangenen Jahren auch, insgesamt 29 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Völlig offen ist allerdings wie es nach der Bundestagswahl weitergehen soll. Ja schlimmer noch: Schröder gibt den Projekten keinerlei Perspektive für 2014 und hat jede Anschlussfinanzierung bei den Haushaltsberatungen unterbunden. Sie verfährt ganz offensichtlich nach dem Motto: Nach mir die Sintflut.

Wenn die Koalition in der kommenden Woche nicht noch das Ruder herumreißt, wird es im Frühjahr 2014 deshalb ein großes Projektesterben geben. Bei den Haushaltsberatungen der vergangenen Wochen ging es im Schröder-Etat insbesondere um die bruchlose Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus nach der Bundestagswahl im Haushaltsjahr 2014.

Das ist wichtig, weil die Förderprogramme gegen Rechtsextremismus Ende 2013 auslaufen und wegen der Bundestagswahl mit der Verabschiedung Folgehaushalts erst im Frühjahr 2014 zu rechnen ist.



Info**service**

Wer eine bruchlose Fortsetzung der Projekte gegen Rechtsextremismus will, muss deshalb entsprechende Ermächtigungen für eine künftige Bewilligung in den Bundeshaushalt 2013 aufnehmen.

Genau dies hat Bundesministerin Schröder jedoch bis heute verhindert. Wird der Etat des Bundesfamilienministeriums in der nächsten Woche nicht noch einmal geändert, können Anfang 2014 lediglich 26 Prozent der Projekte fortgesetzt werden.

Für 74 Prozent (22 Millionen Euro) des Gesamtbudgets besteht keinerlei Vorsorge für 2014. Damit stünden fast drei Viertel aller Projekte vor dem Aus. Ein solcher Kahlschlag bei der Extremismusprävention muss in den abschließenden Haushaltsberatungen in der kommenden Woche verhindert werden.

Vor fast einem Jahr beschloss der Deutsche Bundestag mit Zustimmung aller Fraktionen: "Wir müssen gerade jetzt alle demokratischen Gruppen stärken, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren. Wir werden prüfen, wo dem Hindernisse entgegenstehen."

Wir erwarten, dass sich auch die Koalitionsfraktionen dieses Beschlusses erinnern. Wir fordern die Koalition auf, die fehlenden 22 Millionen Euro in der kommenden Woche in den Etat des Bundesfamilienministeriums aufzunehmen.

Verkehr

PKW-Maut - Ramsauer hat endlich verstanden!

Ramsauer hat jahrelang die Öffentlichkeit belogen mit dem Märchen einer Pkw-Maut, die den deutschen Autofahrer nichts koste, weil er an anderer Stelle entlastet und sie nur von Ausländern bezahlt werde.

Pünktlich zur Hauptreisezeit, wenn sich deutsche Autofahrer über die Pkw-Maut im Ausland ärgern, hat er sie immer wieder gefordert. Er wusste ganz genau, was die Bundesregierung schon längst offiziell eingestehen musste: Eine Pkw-Maut, die nur ausländische Autofahrer bezahlen müssen, verstößt gegen das Europarecht und ist unzulässig. Mit Luftnummern kann man eben keine Schlaglöcher stopfen. In Wirklichkeit wollte er mit dieser unsäglichen Phantom-Debatte, die jetzt endlich beendet wurde, nur von seinem eigenen Versagen ablenken: Trotz jährlicher Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden Euro über die Luftverkehrssteuer und die Bahndividende hat es Ramsauer nicht geschafft, nennenswert mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur dauerhaft zur Verfügung zu stellen. Und die wirklichen Verursacher von Straßenschäden bleiben verschont. Deutschland ist ein Transitland für Lkw – und ein Lkw schädigt eine Straße 60.000 mal mehr als ein Pkw. Auch bei der Ausweitung der Lkw-Maut hat Ramsauer versagt. In der Summe fehlen deshalb 500 Millionen Euro an Einnahmen pro Jahr. Eine von uns geführte Bundesregierung wird nach der Bundestagswahl deutlich mehr Mittel für den Erhalt unserer Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stellen.

Europäische Kommission

Frauenquote - Rückenwind aus Brüssel!

Der Druck im Kessel steigt: Mit der Zustimmung der EU-Kommission für einen Gesetzentwurf zur Quote in Aufsichtsräten bekommen die Befürworterinnen und Befürworter von Quoten in Deutschland neuen Rückenwind.

Bonbon

"Bernhard Vogel hat gesagt, Gott solle Rheinland-Pfalz schützen - das hat er getan!"

(Rudolf Scharping, SPD, zum Abschied von Kurt Beck)

Auch wenn der Vorschlag noch im EU-Ministerrat und im Europaparlament abgestimmt werden muss - mit dem Votum der Kommission wurde eine wichtige Hürde im europäischen Gesetzgebungsverfahren genommen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung steht jetzt in der Pflicht, endlich von ihrer weichen Flexiquote abzurücken und sich dafür einzusetzen, eine Frauenquote für die Aufsichtsräte Unternehmen einzuführen. der Dass die Justizkommissarin Viviane Reding ihre Kolleginnen und Kollegen in der Kommission nun doch von der Dringlichkeit einer EU-weiten gesetzlichen Regelung überzeugen konnte, zeigt: An einer Quote per Gesetz kommt in Europa niemand vorbei, der auch im Interesse der Wirtschaft mehr Frauen in Führungspositionen bringen

Wirtschaft

Benzinpreise - App wird hohe Preise nicht verhindern! Die Marktbeobachtungen im Bereich Kraftstoff werden für Verbraucher keine nennenswerten positiven Auswirkungen haben, außer dass er sich jetzt in Echtzeit mit Hilfe einer App anzeigen lassen kann, wie die Anbieter vor allem vor Ferien und Feiertagen die Preise erhöhen. Erfasst werden - jetzt nachdem sich die Ölkonzerne durchsetzen konnten - nur noch Tankstellenpreise, aber keine Großhandelspreise an Raffinerien und Tanklagern. Das Ziel, Preismanipulationen auf dem Kraftstoffmarkt aufzudecken und zu ahnden, kann mit dem nun verabschiedeten Gesetz nicht erreicht werden. Die Intention des Gesetzes ist gut gemeint, aber leider schlecht gemacht. Dies liegt vor allem in der Eile, mit der die schwarz-gelbe Koalition das Gesetz durch das parlamentarische Verfahren gepeitscht hat. Unsere Bundestagsfraktion hatte von vornherein angemahnt, abzuwarten, bis die europäischen Vorgaben umgesetzt sind, um zu verhindern, dass Doppelstrukturen aufgebaut werden. Die Koalition hat nun voreilig die Einrichtung einer nationalen Markttransparenzstelle beschlossen, obwohl gleichzeitig europäische Maßnahmen umgesetzt werden. Unsere Bundestagsfraktion hatte sich leider vergeblich dafür eingesetzt, dass die Markttransparenzstelle in die Strukturen des Bundeskartellamtes integriert wird.

Finanzer

Rechnungshof - Schlechtes Zeugnis für Schäuble!

Einmal mehr hat die Bundesregierung ein schlechtes Zeugnis für ihre Finanzpolitik ausgestellt bekommen: Der Bundesrechnungshof rügt, dass die Regierung Merkel bei der Konsolidierung des Haushalts weit hinter den Möglichkeiten zurückbleibt. Dabei geben sich die schwarzgelbe Regierungskoalition und insbesondere der amtierende Bundesfinanzminister sehr viel Mühe, sich als erfolgreiche und harte Haushaltskonsolidierer zu inszenieren. Diese Inszenierung wird jetzt endgültig vom Bundesrechnungshof zerstört. Die jüngsten Beschlüsse dieser Regierung zeigen, was eigentlich geschieht: Statt endlich intelligent an den richtigen Stellen zu sparen, beschließt diese Regierung weiter sinnlose Ausgaben: Das kontraproduktive Betreuungsgeld sorgt alleine schon für ein weiteres Haushaltsloch in Milliardenhöhe. Das ist das genaue Gegenteil von Haushaltskonsolidierung.

Termine

17.11.12 09.30 Uhr SPD-Kreiskonferenz NR 14.00 Uhr Neuwieder Wassersportverein 19.11.12 – 23.11.12 Sitzungswoche in Berlin